

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsbeiträge kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbeiträge werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Biemelhauser Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 u. 80. Telegr.-Adr.: Alverdaub Bochum.

## Verhandlungen mit der obersten Bergbehörde

### Konferenz von Vertretern der Bergarbeiterorganisationen im preussischen Handelsministerium.

Von den vier Bergarbeiterorganisationen war bekanntlich vor kurzem eine Eingabe an den Minister für Handel und Gewerbe gerichtet worden (siehe Nr. 8 unserer Zeitung), in welcher um Errichtung eines Einigungsamtes im Bergbau gebeten wurde. Außerdem war eine Besprechung beim Handelsministerium nachgesucht, um die Eingabe noch persönlich näher zu begründen und die vorliegenden Wünsche und Beschwerden der Bergleute vorzutragen. Diese Besprechung fand im Anschlusse an die Beratung des Berggesetzes im Abgeordnetenhaus am 26. Februar im Handelsministerium statt. Anwesend waren als Vertreter der Regierung die Herren: Minister Schölkow, Oberberghauptmann v. Welken sowie zwei Regierungskommissare. Als Vertreter der vier Bergarbeiterorganisationen nahmen an der Konferenz die über drei Stunden dauerte, teil: vom Bergarbeiterverband Steger und Sackse, vom Gewerkschaftsbund der Bergarbeiter Steger und Krupp, von der Polnischen Berufsvereinigung Krumpholtz, vom Gewerkschaftsbund der Bergarbeiter S. D. Klein-Berlin. Außerdem war der Abgeordnete Brust bei der Konferenz anwesend.

Die Vertreter der Organisationen trugen dem Herrn Minister zuerst ihre Wünsche bezüglich des Einigungsamtes vor und überreichten zugleich den Entwurf für eine solche Einrichtung. Nach einer längeren Debatte erklärte der Herr Minister, in der Frage des Einigungsamtes auch die Arbeitgeber noch hören zu wollen. In ausgiebiger Weise wurde dann die gegenwärtige Lage im Bergbau besprochen. Insbesondere die Frage der ausreichenden Kohlenförderung, die Lohnfrage, das Ueberschichtenwesen und die Frage der Beschäftigung von Kriegsgefangenen. Zu all den Fragen wurde außerdem noch ein umfangreiches schriftliches Material überreicht.

Der Handelsminister bezog sich in seinen Darlegungen unter anderem auf die bereits im Plenum des Abgeordnetenhauses zu den einzelnen Punkten gemachten Ausführungen und sagte im übrigen eine eingehende Prüfung der Beschwerden und Wünsche Berücksichtigung der Bergarbeiterwünsche zu. Die erörterten Darlegungen des Handelsministers im Abgeordnetenhaus werden wir in der nächsten Nummer unserer Zeitung zum Ausdruck bringen.

Wir möchten nur schon jetzt kurz mitteilen, daß im Verlaufe der Kommissions- und der öffentlichen Verhandlungen im preussischen Landtag über den Handels- und Gewerbe- sowie über den Berggesetz teils der obersten Vertreter der Bergbehörde bestimmt erklärt wurde:

1. Es dürfe kein Zwang zu Ueberschichten ausgeübt werden. Nach dem Verhalten der Bergarbeiter sei mit Recht zu erwarten, daß sie alle die Notwendigkeit einsehen, während der Kriegszeit den unbedingt nötigen Bedarf an Kohlen, Erzen usw. nach besten Kräften zu decken. Namentlich seien alle Neuierungen und Handlungen, die

- das Ehrgefühl der Arbeiter verletzen, auch jede Behinderung (Sperrung) ihrer Freizügigkeit zu unterlassen. Ein gutes Wort, erklärte der Herr Handelsminister, zeitige bessere Resultate als ein Zwangsmittel.
2. Die Löhne seien gleich nach Kriegsbeginn gesunken, in letzter Zeit durch schnittlich im Steigen begriffen. Die Lebensmittelpreise seien allerdings stärker gestiegen. Es dürfe aber nach den bisherigen Erfahrungen mit einer Zunahme der Löhne gerechnet werden; indessen fände sie ihre Grenze in der zurzeit sehr verminderten finanziellen Leistungsfähigkeit der Werkverwaltungen.
3. Soweit Kriegsgefangene beschäftigt würden, solle das nur auf ihren Wunsch geschehen. Unter Tage sollen nur solche Kriegsgefangene angesetzt werden, die von Beruf Bergleute sind; alle Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Gesundheit und des Lebens der Leute werden getroffen. Die Kriegsgefangenen sollen unbedingt nicht als Lohnbrücker dienen, sondern erhalten denselben Lohn wie die übrigen Bergleute für die gleiche Arbeit.

Wenn eins durch die sehr eingehenden Beratungen und Verhandlungen im preussischen Landtag und im Bergwerksministerium sozusagen handgreiflich hervortrat, dann ist es die Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Kameraden, nunmehr mit allem Eifer die noch unorganisierten Berufsgenossen für die Organisation zu gewinnen. Wäre die übergroße Mehrheit der Bergleute gewerkschaftlich organisiert, dann würde eine ganze Reihe von Beschwerden über das Arbeitsverhältnis überhaupt nicht existieren. Alle bei den erwähnten Beratungen und Verhandlungen anwesenden Arbeitnehmervertreter haben empfunden, daß, wenn die Bergleute nun so stark wie andere Lohnarbeitergewerkschaften gewerkschaftlich organisiert wären, bald eine sie betriebsregelnde Regelung der Arbeitsverhältnisse zu erzielen sei. Es herrscht im Bergbau ein großer Arbeitermangel. In einer solchen Zeit ist naturgemäß für die Arbeiter am meisten mit einer guten Gewerkschaftsorganisation zu erreichen.

Wir fordern deshalb nun sehr dringend alle unsere Ortsverbände auf, unverzüglich eine energische Hausagitation aufzunehmen! Nun muß den Unorganisierten zu Gemüte geführt werden, daß sie und nur sie allein schuldig sind, wenn auch in dieser Zeit die Bergarbeiterschaft keine wirtschaftlichen Erfolge erzielt. Große Sprüche klopfen, dabei den „Leberichlaunen“ spielen, der immerfort salbadert: „Es hilft ja doch nichts“, damit ist der Bergarbeiterschaft nicht geholfen. Mit dieser dummen Redensart ist die Bergarbeiterschaft nur geschädigt worden. Jetzt heißt es: Wer keine wirtschaftliche Lage verbessern will, der schlicke sich dem Bergarbeiterverbande an! Wer das unterläßt, der hat kein Recht zu Klagen und Beschwerden, denn er hat es nicht besser gewollt.

Weiter wurde darüber geklagt, daß andere Betriebe ihre Arbeiter, die nicht willfährig genug sind, mit Meldeformular zum Bezirkskommando schicken usw. Im Verlauf der Aussprache ergriff auch der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Cohen, das Wort und führte etwa folgendes aus:

„Die Militärbehörde hat zweifellos den ersten Willen gehabt, neben der Sicherstellung der rechtzeitigen Herstellung des Militärbedarfs auch den begründeten Ansprüchen der Arbeiter gerecht zu werden. Sie wird aber gar nicht in der Lage sein, ihre Wünsche durchzuführen, weil eine Reihe von Unternehmern selbst während des Krieges den Arbeitern Gleichberechtigung nicht zuerkennen. Das Bestreben der Arbeiter, höhere Löhne zu erreichen, ist aber gerechtfertigt durch die enorme Steigerung aller Lebensmittelpreise, aber auch durch die Tatsache, daß die Unternehmer glänzende Gewinne erzielen.“

Schon im vorigen Herbst haben die Metallindustriellen untereinander ein Abkommen getroffen, Arbeiter, die aus anderen Betrieben kommen, nicht einzustellen. Da aber vielfach die Ansicht vorherrschte: „Wer das Abkommen hält, ist der Dumme“, trat seine Wirkung nicht in Erscheinung. Deshalb wandte man sich an die Behörden. Durch die Verfügung wird den Arbeitern die Freizügigkeit, dieses elementarste ihrer Rechte, genommen. (Lebhaftes Gehr rückt.) Vor ihrem Erlaß wurden Vertreter der Arbeiter nicht gehört.

Ich habe bei den Verhandlungen im Ministerium erklärt, daß wir auf Grund unserer Erfahrungen keine Milderung, sondern die Befestigung dieser Verfügung wünschen. Es ist bezeichnend für die Unternehmer, daß sie nur einen Teil der Verfügung veröffentlichen, den wichtigsten Schlüsselpunkt aber völlig weglassen. Die Firma Schwarzkopff hat sogar den Ausschuss schwarz-weiß-rot umrahmt, um damit besser auf ihre Arbeiter einzuwirken. Auf unsere Anregung, eine Stelle zu schaffen, bei welcher Differenzen ausgedrückt werden können, und auf mein Ersuchen, uns recht bald die Stellungnahme der Militärbehörde zur Zurücknahme der Verfügung mitzuteilen, ist bisher noch keine Antwort eingegangen.

Am 10. März wird der Reichstag zusammentreten, und sollte all unser Bemühen hinsichtlich der Befestigung der Verfügung vergeblich sein, dann wird dort die Sache besprochen werden müssen. Die Maßnahmen der Unternehmer zwingen uns zu entschiedener Stellungnahme.“ (Stürmischer Beifall.)

Zum Schluß gelangte folgende, aus der Mitte der Versammlung gestellte Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die Branchenversammlung der Eisen-, Metall- und Revolverhersteller erklärt in der Verfügung der Bergzeugmeisterei eine Aufhebung jeglicher Bewegungsfreiheit auf wirtschaftlichem Gebiete. Diese Verfügung konnte nur erlassen werden auf Grund falscher Berichte der Unternehmer. Die Versammlung ersucht die Ortsverwaltung, alles zu unternehmen, um eine Zurücknahme der Verfügung zu erwirken.“

Das Stellvertretende Generalkommando des VII. Armee-korps erließ folgende Bekanntmachung:

VII. Armee-korps.  
Stellvertretendes Generalkommando.  
Am 12. März 1915.

Die Bezirkskommandos sind erneut angewiesen, die sofortige Einstellung jedes Arbeiters in die Truppe zu veranlassen, der bei einer

für das Heer oder die Marine arbeitenden Fabrik, Zeche, Gewerkschaft usw. die Arbeit niederlegt oder seine Entlassung veranlaßt, nur bei einer anderen Firma Arbeit zu nehmen.

Wobauerweise scheinen nicht alle Arbeiter sich bewußt zu sein, wieviel von der Arbeitsleistung jedes einzelnen abhängt, und wie sehr das Vaterland geschädigt wird, wenn Verzögerungen in der Fertigstellung der Aufträge durch Arbeitsniederlegung und Arbeitsstellenwechsel eintreten.

Um den gewaltigen Anforderungen genügen zu können, die die Seeresverwaltung an die Leistungen der Industrie, der Bergbauverwaltung und anderer Betriebe stellen muß, ist die strengere Durchführung oben erwähnter Maßnahme erforderlich.

Ich bringe dies abermals zur allgemeinen Kenntnis, mit dem besondern Hinweis darauf, daß die Zurückstellung vom Seeresdienste nur auf einen bestimmten Betrieb bezieht und bei jedem Arbeitswechsel außer Kraft tritt.

Ich erwarte von der deutschen patriotischen Gesinnung der Arbeiterschaft, daß jeder dazu beitragen wird, Klagen in dieser Beziehung nicht mehr aufkommen zu lassen.

Minister, den 13. Februar 1915.  
Der kommandierende General. G. v. Gumbel.

Wir wissen, daß die Aufgaben des Bergbaues für die Landesverteidigung nunmehr sichergestellt werden müssen und haben das auch schon sehr oft ausgesprochen. Vorstehende Bekanntmachung soll der sehr wichtigen Aufgabe dienen, vor allen Dingen den Bedarf für Heer und Marine sicherzustellen. Wir sind überzeugt, daß eine gütliche Verständigung zwischen den Organisationen der Arbeiter und Werkbesitzer, wie wir sie immer wieder gefordert haben, dieser Aufgabe besser gedient hätte. Aber die Werkbesitzer neigen einer solchen Verständigung, wie sie in vielen anderen Berufen besteht, nicht zu. Nach wie vor wird einfach „verfügt“ und die Arbeiter sollen sich fügen, auch wenn sie sich benachteiligt fühlen; die einzelnen Arbeiter sind die wirtschaftlich Schwächeren, die Werkbesitzer aber die wirtschaftlich Stärkeren. Selbstverständlich sind unter diesen Umständen Reibungen, Differenzen, Mißstimmung und Unzufriedenheit unvermeidlich, wodurch die Leistung ungünstig beeinflusst werden muß. Solange der wirtschaftlichen Macht der Werkbesitzer nicht bestimmte Grenzen gezogen sind, kann darin auch keine Besserung eintreten. Das übliche Mittel für die Arbeiter, sich allzu großer Benachteiligung oder sonstigen Schikanen zu entziehen, ist eben ein ungehindertes Freizügigkeitsrecht. Wird dieses irgendwie beschränkt, ist es um so notwendiger, auch der wirtschaftlichen Macht der Werkbesitzer bestimmte Grenzen zu setzen. Geschieht aber nur das eine und das andere nicht, werden nach mehr Reibungen und Differenzen, wird Mißstimmung und Unzufriedenheit entstehen, wodurch auch die Leistung im gleichen Maße ungünstiger beeinflusst werden muß. Das kann niemand wünschen und darum steigt es im Gesamtinteresse, wenn bald eine gütliche Verständigung gesucht und gefunden würde.

## Kolossal erhöhte Förderung pro Arbeiter im Braunkohlenbergbau.

Die in zahlreichen Briefen aus Kameradenkreisen stets wiederkehrende Behauptung, nun werde die Arbeitskraft des Bergmanns aufs höchste angepannt, erfährt eine bergamtliche Bestätigung durch die vom Oberbergamt in Halle zusammengestellten Förderziffern des dortigen Braunkohlenbergbaues.

Der Braunkohlenbergbau im Oberbergamtsbezirk Halle, der bedeutendste in Deutschland, verlor durch die Mobilmachung im 3. und 4. Vierteljahr 1914 über 10 500 Arbeitskräfte. Dennoch war die Kohlenförderung im 4. Vierteljahr nur um rund 300 000 Tonnen niedriger als im 1. Vierteljahr 1914! Einen Vergleich mit dem Vorjahre gestattet folgende Zusammenfassung:

	zahl der beschäftigten Personen	Förderung in Tonnen	Kauf. jed. Beschäftigten auf Förderung rund
1913:	1. Vierteljahr 48 105	11 778 100	
	2. „ 45 285	11 276 488	
	3. „ 44 514	11 978 740	1056 Tonnen
	4. „ 44 641	12 511 944	
1914:	1. Vierteljahr 48 802	11 986 308	
	2. „ 45 413	11 928 195	
	3. „ 36 075	9 584 756	1127 Tonnen
	4. „ 34 855	11 688 888	

Eine Nachprüfung unserer Berechnung der Förderung pro Arbeiter wird ergeben, daß wir diese nicht zu deren Gunsten abrundeten.

Im 3. Vierteljahr 1914 trat die Mobilmachung und damit Wochenlang eine bedeutende Störung des privaten Gütertransportes ein. Die Gruben mußten darum Feuerlöschen einstellen, außerdem eine Umgruppierung der verbliebenen Belegschaft vornehmen. (Der größte Teil der zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter gehört zu den leistungsfähigsten, geschultesten Arbeitskräften.) Das erklärt den Förderanstieg im 3. Vierteljahr zur Genüge.

Um so erstaunlicher ist dann aber das Förderergebnis im 4. Vierteljahr. Gegen den gleichen Zeitraum 1913 wurden 9786 weniger Personen beschäftigt; an die Stelle tausender zum Heere einberufenen geschulter Leute traten Ungeschulte und dennoch überstieg die Förderung sogar die des 2. Vierteljahres 1914, obgleich damals 10 558 Personen mehr beschäftigt waren. Auf pro Beschäftigten entfiel eine durchschnittliche Förderung

im 4. Vierteljahr 1913 rund 280 Tonnen,  
im 4. Vierteljahr 1914 rund 334 Tonnen!

Man mag ruhig dieses außerordentlich günstige Resultat zum guten Teil auf eine intensivere Anwendung maschineller Hilfsmittel zurückführen, es bleibt doch auch eine bedeutende Mehrleistung der menschlichen Arbeitskräfte übrig.

Im Interesse der Sicherstellung der heimischen Brennstoffversorgung freuen wir uns über das außerordentlich günstige Förderergebnis. Es wird hoffentlich auch den Leuten den Mund schmecken, die immer noch den Bergleuten die Anerkennung fleibiger Arbeiter verweigern. Wir müssen aber anhand der angegangenen Klagen nachdrücklich hervorheben und als Auspruch unsozial beurteilen, daß die Entlohnung der außerordentlich erhöhten Ar-

## Beschränkung der Freizügigkeit

Die Feldzeugmeisterei erließ nachstehende Verfügung:

Feldzeugmeisterei.  
Nr. 1809. 1. 15. A. II.

Berlin, den 11. Januar 1915.

Anfohle der durch den Mangel an Arbeitskräften und die umfangreichen Bestellungen für Heereszwecke hervorgerufenen Nachfrage nach Arbeitern hat der Arbeiterwechsel bei den mit Staatsaufträgen beschäftigten Firmen eine ungesunde Steigerung erfahren. Hierdurch wird sowohl die rechtzeitige Fertigstellung der der Industrie erteilten Aufträge in Frage gestellt, als auch die Leistungsfähigkeit überhaupt sehr erheblich beeinträchtigt.

Da es in dieser ersten Zeit unbedingt nötig ist, daß neben den großen Leistungen der im Felde stehenden Mannschaften auch jede einzelne Arbeitskraft voll zur Ausnutzung kommt, sieht sich die Feldzeugmeisterei veranlaßt, die Firmen Groß-Berlins, welche Kriegsaufträge erhalten haben, zu ersuchen, Arbeiter, die bisher schon an Befestigung für Heer und Flotte gearbeitet haben, in ihre Betriebe nur dann einzustellen, wenn sie neben ihrer gewöhnlichen Abgangsbescheinigung einen schriftlichen Ausweis ihres bisherigen Arbeitgeber darüber beibringen, daß ihr Austritt aus seinem Betriebe und ihr Wiedereintritt in einen anderen Betrieb mit seiner Zustimmung erfolgt.

Um den Arbeitern Zeitverhältnisse zu ersparen, werden die Firmen weiter ersucht, den aus ihren Betrieben austretenden Arbeitern, falls dieser Austritt mit dem Einverständnis der Firma erfolgt, obgleich beim Abgange eine diesbezügliche Bescheinigung auszustellen. Seltener Unterlieferanten in Groß-Berlin ist die Befolgung der gleichen Maßnahme ebenfalls zur Pflicht zu machen.

Die Feldzeugmeisterei wird die Erteilung weiterer Aufträge an sie von der genauen Befolgung dieses Erfordernisses abhängig machen. Es wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß in Fällen, in denen von den Arbeitern berechtigter Klagen über zu niedrige Verdienste bei den Arbeitgebern erhoben werden, diese mit dem dieser großen Zeit entsprechenden Gerechtigkeitssinn geprüft und gegebenenfalls abgestellt werden.

Generalleutnant und Feldzeugmeister.  
Aus leicht erkennbaren Gründen geben die Betriebe den Arbeitern nur den zweiten Abzweig dieser Verfügung vor: „Da es ..... bis ..... Zustimmung erfolgt“ durch Anschlag bekannt. Von der Organisationsleitung der Arbeiter wurden sofort Schritte unternommen, um die Feldzeugmeisterei durch Vorlage von zutreffendem Tatsachenmaterial zur Zurücknahme dieser harten Maßnahmen zu bewegen.

Nach einem Bericht des „Vorwärts“ hat sich auch eine Versammlung der Revolverdrehler in Berlin mit dieser Angelegenheit beschäftigt, wo u. a. folgendes Schreiben vorlag, welches zeigt, wie die Verfügung ausgenutzt wird:

Friedl. Berner  
Machinist und Werkzeugfabrik.  
Berlin W.; den 30. 1. 15.

„Hierdurch bescheinige ich dem Dreher F. ... S. ... , daß derselbe auf eigenen Wunsch, angeblich weil er die Möglichkeit nicht vertragen kann, die Arbeit niedergelegt hat. Somit nicht mit meiner Genehmigung.“

(Stempel — Unterschrift.)

beitsleistung nicht entspricht. Die Braunkohlen- und Breitkettenpreise sind seit Kriegsbeginn namhaft erhöht worden, die Förderung ist pro Arbeiter, wie nachgewiesen, enorm gestiegen. Aber der Lohn entspricht diesen Tatsachen nicht, er ist vielmehr in sehr vielen Fällen absolut, im Vergleich zu der Mehrförderung, durchweg nicht gestiegen.

## Arbeitsverhältnisse im sächsischen Bergbau.

Die Nachfrage nach Kohlen ist infolge der durch den Krieg geschaffenen Lage auch im sächsischen Bergbau sehr groß und an die Bergarbeiter werden außerordentliche Anforderungen gestellt. Ueberstunden und Ueberarbeit sollen geleistet werden, ohne daß eine Verständigung mit den Arbeitern resp. ihrer Organisation oder eine entsprechende Lohnerhöhung erfolgte. Nach wie vor wird leider „berlistet“ und die Arbeiter sollen sich wohl oder übel fügen. Dafür nur einige Beispiele.

Vom 27. Januar ab wurde auf dem Steinkohlenwerk Selene-Zda an verschiedenen Betriebspunkten größtenteils gefahren. Auf die Wünsche und verschärfte Leistungsfähigkeit der Arbeiter wird dabei nicht die erforderliche Rücksicht genommen.

Das geschieht auch nicht auf Konfordia. Von den Arbeitern, welche nicht vor Kohle, aber zwölfstündig arbeiten, wird hier verlangt, daß sie in der Nachtzeit von 10 Uhr ab vor Ort fahren. Diese Arbeiter haben dann vier Stunden Reparatur oder andere Arbeit verrichtet und acht Stunden vor Kohle gearbeitet. Manche Steiger sagen einfach: „Wer keine Ueberstunden machen will, der kommt von seiner Arbeit weg und wird hingetan, wo er die Zähne aufsetzen kann.“ Revierteiger D. sagte: „Wenn ihr nicht so und so viel Wagen bringt, ziehe ich euch ein Zehntel ab, da könnt ihr zur Berginspektion oder sonst wohin gehen, das bekommt ihr nicht wieder, ihr Schlammeier.“

Von Kaisergrube wird berichtet, daß Arbeiter, welche nicht über ihre gewöhnliche Schichtzeit hinaus länger arbeiten wollten, ausgewechselt, ja sogar in andere Reviere verlegt wurden. Auch gibt es auf Kaisergrube immer noch Betriebspunkte, wo nur bis zu 40 Prozent verdient wird.

Auf Pluto-Merkur wurde den Arbeitern, die nicht zehnstündig arbeiten wollten, einfach gesagt: „Wer nicht länger arbeiten will, der muß über Lage bleiben, für den haben wir in der Grube keine Arbeit.“

Wir halten einen solchen Zwang für unzulässig und nachteilig, schon weil nicht alle Arbeiter gleich kräftig und leistungsfähig sind. Darauf könnte und müßte Rücksicht genommen werden. Daß der unzulässige Zwang Mißstimmung erzeugt und die Leistungsmöglichkeit ungünstig beeinflusst, wird anscheinend auch nicht berücksichtigt.

Der Zwickau-Dugau-Delsnitzer Förder- und Verkaufsverband (Steinkohlenzweigen) erhöhte ab 1. Januar 1915 die Preise für größte Kohlen sorten um 15 Mk., für Mittel sorten um 12 Mk., für kleinste Sorten um 8 Mk. pro Doppelwagen. Für Braunkohlenbreitketten sind die Preise von den meisten Werken, da ein Syndikat nicht mehr besteht, schon längere Zeit vorher ebenfalls in verschiedenem Umfange erhöht worden. Bei der starken Nachfrage nach Brennstoffen und den erhöhten Preisen machen die Werke sicher ein gutes Geschäft. Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, könnten die Arbeiter bezüglich ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ein größeres Entgegenkommen erwarten, haben doch die Werke besonders in den Jahren 1910 bis 1913 (für 1914 liegen übersichtliche Angaben noch nicht vor) sehr gute Gewinnergebnisse erzielt, so daß sie auch mal ruhig etwas zulassen könnten. So betrug, berechnet nach den Angaben im „Jahrbuch für das Berg- u. Güttenwesen im Königreich Sachsen“:

### Steinkohlenbergbau:

	1910	1911	1912	1913
Jahresleistung pro Arbeiter in Tonnen	157,5	193,7	203,3	209,4
Wert der Förderung pro Arbeiter in Mark	2455	2512	2696	2522
Jahresdurchschnittslohn pro Arbeiter in Mk.	1322	1368	1435	1472

### Braunkohlenbergbau:

	1910	1911	1912	1913
Jahresleistung pro Arbeiter in Tonnen	804,2	788,9	864,4	982,4
Wert der Förderung pro Arbeiter in Mark	1782	2005	2200	2294
Jahresdurchschnittslohn pro Arbeiter in Mk.	1174	1214	1287	1311

Von 1910 bis 1913 ist danach im Steinkohlenbergbau die Jahresleistung pro Arbeiter stetig um 21,9 Tonnen oder 11,7 Prozent; der Wert der Förderung pro Arbeiter um 367 Mk.

## Was sollen wir unsern Kindern vom Kriege erzählen?

Offenbar greift der gegenwärtige Krieg, dieses große weltgeschichtliche Ereignis, auch tief in das Leben des Kindes ein und wird für die Zukunft bei den allermeisten Kindern nachhaltige Eindrücke hinterlassen. Der Krieg ist nun einmal das Thema, um das sich augenblicklich unsere Gedanken und unsere Unterhaltungen drehen. Jede Familie hat sicherlich mehrere Angehörige im Kriege, von denen hin und wieder Nachrichten eintreffen, bald hören die Kinder von einem Todesfalle, der die eigene oder eine bekannte Familie betroffen hat. Eltern und Verwandte unterhalten sich über die Meldungen vom Kriegsschauplatz. So ist es kein Wunder, daß auch schon bei der schulpflichtigen Jugend ein lebhaftes Interesse am Kriege vorhanden ist und daß die Eltern und größeren Geschwister mit Fragen geradezu bestürmt werden. Wie soll man nun mit den wissbegierigen Kindern über den Krieg reden, ohne ihr weiches empfindliches Gemüt zu verletzen oder gar zu vergiften? Ohne Zweifel liegt die große Gefahr vor, daß manches kindergemüt durch eine ungehörige oder gar unrichtige Darstellung der kriegerischen Vorgänge dauernden Schaden leidet. Es besteht die Befürchtung, daß bei vielen Erwachsenen der Krieg mit all seinem Drum und Dran schädliche Wirkungen in moralischer Beziehung ausüben wird; wieviel mehr wird dies bei Kindern der Fall sein, wenn nicht entsprechend vorgehoben wird.

Das erste, was bei dem gegenwärtigen Weltkriege die Kinder interessiert, ist seine Ursache, wie so die Kinder bei jeder Gelegenheit die Frage nach dem „Warum?“ aufwerfen. So werden sie auch hier fragen, warum der Krieg gekommen ist oder kommen mußte, und sie werden wissen wollen, wer die Schuld hat, daß der Krieg ausgebrochen ist. Die Beantwortung dieser Frage bietet nicht geringe Schwierigkeiten. Wir können den Kindern natürlich nicht die wirtschaftlichen und politischen Ursachen des Krieges auseinandersetzen und wie können ihnen auch nicht die inneren Triebkräfte offenbaren, die den Ausbruch des Krieges herbeigeführt haben. Wir müssen uns deshalb darauf beschränken, immer wieder zu betonen, daß wir Deutschen bis zum letzten Augenblicke Gegner des Krieges gewesen sind und den Frieden gewollt haben. Wohl hat es auch bei uns Kriegshörner und Kriegsbeger gegeben, aber die weitaus überwiegende Mehrzahl des deutschen Volkes hat stets einen friedlichen Wettbewerb einem blutigen Ringen unter den Völkern vorgezogen. Wenn wir nun auch aus ethischer Ueberzeugung behaupten können, daß wir die Angegriffenen sind und uns in einem Verteidigungskampfe befinden, so müssen wir uns doch fügen, die anderen Völker in Bezug und Dogen als die Angreifer hinzustellen. Nichts ist so gefährlich, besonders für Kinder, als das Bewusstwerden, und darum ist es unsere erzieherische Pflicht, den Kindern zu sagen, daß es auch unter den Russen, Franzosen und Engländern Millionen von Menschen gibt, die den Frieden dem Kriege vorziehen, aber einer harten Notwendigkeit folgend das Schwert ergriffen haben. Man sage also nicht, daß die Russen, die Franzosen,

oder 15,0 Prozent, der Jahresdurchschnittslohn pro Arbeiter aber nur um 150 Mk. oder 11,8 Prozent.

Noch günstiger für die Werke und ungünstiger für die Arbeiter liegen die Verhältnisse im Braunkohlenbergbau. Von 1910 bis 1913 stieg hier die Jahresleistung pro Arbeiter um 308,1 Tonnen oder 45,7 Prozent, der Wert der Förderung pro Arbeiter um 512 Mk. oder 28,7 Prozent, der Jahresdurchschnittslohn pro Arbeiter aber nur um 187 Mk. oder 11,8 Prozent.

Die Stein- und Braunkohlenwerke haben also verhältnismäßig gute Jahre gehabt; sie könnten den Arbeitern bezüglich ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter entgegenkommen, wie es geschieht, auch wenn dann ein kleinerer oder kein Betriebsgewinn herauskäme. Vor allen Dingen wäre eine bessere Verständigung erforderlich. Eine Besserung, wie es viele Arbeiter wohl erwartet hatten, ist aber leider nicht eingetreten. So wird uns aus dem Bezirk Dugau-Delsnitz berichtet:

Die Bergarbeiter im hiesigen Revier hatten auch in normalen Zeiten Ursache zu klagen; seit Ausbruch des Krieges sind die Verhältnisse aber noch ungünstiger geworden. Welches sind nun die Ursachen? Der Krieg, sagen manche Leute. Wir aber müssen die Frage aufwerfen, ob denn die Begleiterscheinungen des Krieges nicht von beiden Seiten, Bergarbeiter und Werksbesitzer, getrieben werden sollen. Gleich nach Ausbruch des Krieges setzte ein bedeutender Lohnrückgang ein, welcher dann entschuldigend wurde, daß neben dem Wagenmangel die Leistungen zurückgegangen sein sollten. Wir wollen das letztere in den ersten Kriegswochen nicht abstreiten, wobei aber nicht vergessen werden darf, daß diese Minderleistung ihre Ursache in den neu angelegten Mannschaften hatte und die alten Bergarbeiter eine viel größere Arbeitsleistung auf sich nehmen mußten. Dafür erhielten diese aber weniger Lohn. Auch heute noch werden Löhne gezahlt, die mit der verhältnismäßig guten Geschäftslage im Bergbau in Widerspruch stehen. Sollen das die Früchte des Burgfriedens für die Bergarbeiter sein? Man darf wohl die Werke daran erinnern, daß auch für sie Krieg ist und nicht alles auf die Arbeiter abgewälzt wird. Wäre es denn zu viel verlangt, wenn die Werke jetzt mit möglichst wenig Gewinn zufrieden wären und durch den flotten Geschäftsgang auch den Arbeitern einen Anteil am Gewinn überließen? Seitens der Werke wird allerdings behauptet, daß die Gedinge nicht gekürzt worden sind und deshalb von einer Lohnreduzierung nicht gebrochen werden könnte. Jeder Bergmann weiß aber, daß dieses nicht zutreffend ist. Die Gedinge müssen eben so gestellt werden, daß nach Berücksichtigung aller Verhältnisse die Belegschaft auf einen üblichen Durchschnittslohn arbeiten kann. Das ist aber in sehr vielen Fällen ausgeschlossen, da herunter bis zu 30 und noch weniger Prozent ausgezahlt wird. Eine Industrie, deren Geschäftsgang während des Krieges ein verhältnismäßig guter ist, sollte so viel soziales Verständnis zeigen, ihren Arbeitern einen ausreichenden Lohn zu zahlen. Vor uns liegen Gedingezettel, wo die Unhaltbarkeit des bestehenden Gedinges nachgewiesen wird. In vielen Fällen müßte die Werkverwaltung „draufsetzen“, um den Arbeitern nur einigermaßen einige Prozent auszahlen zu können. Das ist ein unwürdigeres Verhältnis, wenn man schwer gearbeitet hat und soll dann seinen Lohn durch Gnade und Bettelei erhalten. Die Berufsfremdsität und Arbeitslust wird dadurch nicht gefördert. Durch Lebensarten, wie: „Lacht euch draußen das Gesicht voll Weiße“ etc., wird der Sache auch kein guter Dienst geleistet. Die Arbeiter sind hier, müssen tüchtig arbeiten, haben in recht hohem Maße Pflichten zu erfüllen, und ist es ihr gutes Recht, für ihre Arbeit und zur Erhaltung ihrer Familie einen ausreichenden Lohn zu verlangen. Wenn man immer wieder vertritt, die Arbeiter auf die Opfer der im Felde Liegenden aufmerksam zu machen, so lassen sich in weit deutlicherer Weise wirksamer Vergleiche mit anderen Kreisen anstellen. Daß sich die Bergarbeiter nicht scheuen, hinauszugehen auf die Schlachtfelder, wo bereits Hunderttausende ihrer Kameraden ihre vaterländische Pflicht erfüllen, braucht wohl nicht erst unter Beweis gestellt werden. Verschiedene haben schon abgelehnt, sich vom Kriegsdienst befreien zu lassen, um wieder in die Grube zurückzukehren. Wenn die Grubenverwaltungen wissen, daß zur Bekreitung angeblich höherer Gesteinsschichten eine recht ansehnliche Erhöhung der Kohlenpreise notwendig ist, müßte auch nicht unbekannt sein, daß bei der enormen Steigerung aller Lebensmittelpreise und anderer notwendigen Waren die Arbeiter nicht niedriger, sondern höhere Löhne bedürfen. Anstatt dessen halten die Herren es nicht einmal für notwendig, zu antworten, wenn seitens der Organisation dahingehende Beschwerden unterbreitet werden. Jetzt wird auf einigen Werken versucht, eine Verlängerung der Schichtzeit einzuführen. So wird z. B. vom Oersdorfer Steinkohlenbauverein berichtet, daß dort anstatt achtstündig, zehnstündig gearbeitet wird und dafür eine Entschädigung von einer Viertelacht gezahlt werden

die Engländer die Schuld am dem Kriege tragen, sondern daß einflußreiche Leute und Gruppen in diesen Ländern den Krieg gewollt und die Bevölkerung mit in den Kriegstau mel hineingerissen haben. Man sage ihnen auch, daß diese Menschen, die die Verantwortung tragen für den Krieg und seine schrecklichen Folgen, Verbrecher sind am Völkerverdamnis. Die schrecklichen Folgen sind aber der gesamte Kulturmenschen und daß sie den Völkern aller Friedensfreunde verbieten. Diese Tendenzen, die so viel Not und Unheil auf dem Gewissen haben, muß man haben mit aller Kraft seines Herzens, denn es ist eine Unmöglichkeit für ein Kind, mit der Miene eines Weltweisen zuzusehen, wie böse Menschen unser Glück vernichten. Aber es wäre ein Fehler, wenn deutsche Kinder, die natürlich ihr Vaterland lieben, dazu angehalten würden, ein feindliches Land und seine Bewohner als heftigst zu angreifen. Die Väter, die infolge unserer Kultur über die Landesgrenzen hinaus von Mensch zu Mensch gehen, dürfen durch den Krieg nicht einfach zerissen werden. Und das würde geschehen, wenn wir einseitig und parteiisch alles Licht auf unser deutsches Volk und allen Schatten auf die feindlichen Völker verteilen wollten. Auch dem Gegner müssen wir Gerechtigkeit angebeßen lassen und wir müssen auch den Mut besitzen, unsere eigenen Fehler zu erkennen und anzuerkennen. Gerade den Kindern gegenüber, deren Erfahrung noch klein und deren Urteilskraft noch unangewöhnt ist, wäre es ein Verbrechen, die Russen, die Engländer, die Franzosen samt und sonders als böswichtige Brandstifter zu malen und die russischen, englischen und französischen Soldaten als Mordbrenner und Feiglinge zu schildern, während wir unsere eigenen Soldaten ohne Ausnahme als Lichtgestalten marschieren lassen. Kinder sollen nicht zu Fanatikern erzogen werden, die keine Wertschätzung fremder Völker kennen; es ist ohnehin schlimm genug, daß es unter uns Erwachsenen Philister und Spießer in Menge gibt, die ihre „Vaterlandsliebe“ dadurch bekunden, daß sie sich bei jeder Gelegenheit in die Brust werfen und auf die Ausländer schimpfen.

Eltern und Erzieher müssen sich auch daran erinnern, daß sie die jugendliche Phantasie mit wilden voll Blut und Grauel erfüllen. Man lasse äußerliche Höflichkeit walten, wenn man von den Taten auf dem Schlachtfeld erzählt, man enthalte sich der eingehenden Schilderung jener Vorgänge, die die Kriegsjurie mit sich bringt, und man beschränke sich darauf, durch allgemein gehaltene Ausführungen in den Herzen der Kinder Abscheu vor dem Kriege zu erregen. Dagegen ist es notwendig, die Strapazen und die Leiden hervorzuheben, die die Soldaten in den Schreckensjahren und im Getümmel der Schlacht durchzumachen haben, wobei darauf hinzuweisen ist, daß sie diese Opfer für ihr Vaterland, ihre Volksgenossen und ihre Lieben daheim bringen. Wenn die Verlustlisten eintreffen, ist die Gelegenheit gegeben, die schrecklichen Folgen des Krieges eindrucksvoll zu Gemüte zu führen und das Mitgefühl in den Kinderherzen zu wecken, und wenn die Zeitungen berichten, daß unsere Feinde wieder einmal eine große Zahl Loker und Vorkundeler aufbewiesen haben, so tut man gut daran, die Kinder darauf aufmerksam zu machen, daß auch diese Toten und Verwundeten Menschen sind und daß auch sie Eltern und

fein. Allerdings soll nur vor den Arbeitspunkten länger gearbeitet werden, wo die Temperatur 28 Grad Celsius nicht erreicht. Schon im November v. J. versuchte man auf demselben Werke eine Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen, dies Versuchs wurde aber, wie aus einer Antwort seitens des Bergamtes an die Bezirksleitung auf Grund einer Eingabe hervorgeht, zurzeit wieder aufgegeben. Eine gleichzeitige Eingabe an die Werkverwaltung wurde dahin beantwortet, daß die Herren in solchen Angelegenheiten nur mit ihrer Belegschaft bzw. dem Arbeiterausschuß verhandeln. Auch von Selene-Zda wird berichtet, daß Umfrage gehalten wurde betreffs Verlängerung der Schichtzeit auf zwölf Stunden. Freier Wille soll es überall sein, wer länger arbeiten will. Die Belegschaft hat sich wohl, allein mir fehlt der Glaube, Wer die Verhältnisse im Bergbau kennt, weiß, wie es mit dem „freiwillig“ aussieht. Wir wissen, daß die erdrückend große Mehrheit der Bergarbeiter gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit ist. Nicht umsonst rufen viele aus: „Müssen wir uns denn während des Krieges alles gefallen lassen?“ Wenn die augenblickliche Kriegslage es erfordert, dann werden auch die Bergarbeiter bereit sein, das zu tun, was das Vaterland und das Allgemeininteresse nötig hat. Wenn in Deutschland in Wirklichkeit der Mangel an Kohlen zu einer Gefahr würde, dann würde kein vernünftiger Mensch gegen eine bestimmte Regelung von Ueberstunden etwas einzuwenden haben. Mag man sich einigen, vielleicht wöchentlich zwei- bis dreimal Ueberstunden zu verfahren und sie entsprechend bezahlt; dann ließe sich, wenn es nun einmal notwendig sein sollte, darüber reden. Die gesundheitlichen Verhältnisse der Belegschaften im hiesigen Revier sind solche, daß es im Interesse aller liegt, nur im äußersten Falle die Arbeiter zu Ueberstunden zu veranlassen. Wenn sich einzelne Arbeiter angeboten haben, länger arbeiten zu wollen, so soll man das nicht verallgemeinern. Diese armen Menschen, welche oft bei einer zahlreichen Familie bei schlechtem Lohn und teuren Lebensmitteln nicht wissen, wie sie sich durchschlagen sollen, greifen zu dem letzten, durch die Ueberstunden sich retten zu wollen, bis sie dann plötzlich durch gesundheitlichen Zusammenbruch noch in eine schlimmere Lage veretzt werden. Die Bergarbeiter haben hier alle Ursache, doppelt vorsichtig zu sein.

## Volkswirtschaftliche Rundschau.

### Volksernährung während des Krieges.

In Nürnberg hat der dortige Chefredakteur der sozialistischen Zeitung, Dr. H. Braun, in einer staatsrechtlichen Konventionssammlung über unsere Pflicht, während des Krieges so sparsam wie möglich mit den Nahrungsmitteln umzugehen, folgendes gesagt:

Bedeutungsvoller als der Krieg der Waffen sei der Krieg, den England gegen uns führe, indem es uns vom Weltmarkt abzuschnitten suche. Die Strategie Englands sei die Aushungerung Deutschlands unter Schonung seiner Flotte, die uns die Lebensmittelfuhr sperren möchte. Durch Hunger hoffe England uns zu bezwingen. Wir alle hätten die Ueberzeugung, daß wir den Feind vom Lande fernhalten müßten. Diese Ueberzeugung aber müßten alle bekunden, nicht durch Kurzaussagen und das Absingen patriotischer Lieder, sondern durch die Tat, indem sie sich einschränken. Auch die kleinste Haushaltung müsse heute sparen im Interesse des allgemeinen Wohls. Entweder bringe der einzelne Opfer — aber das Vaterland müsse die Opfer bringen. Wir wollen dem Feind nichts nehmen, aber uns auch nichts nehmen lassen, sondern aushalten, um den Engländern zu zeigen, daß sie nicht in der Lage seien, uns auszuhungern. Wenn das deutsche Volk sparsam sei, werde der Engländer seine falsche Rechnung erkennen und Frieden suchen. Es gelte, den Krieg im Innern Deutschlands, in den Städten und ganz besonders auf dem Lande zur Entscheidung zu bringen; es gelte, ein halbes Jahr aushalten bis zur nächsten Ernte. Dazu aber müsse die Bevölkerung mehr Verständnis und Pflichtgefühl zeigen, wie bisher. Es gelte, Konsumtionspflichten zu üben, indem man spare und die knapp werdenden Lebensmittel durch andere, reichlicher vorhandene, ersetze.

Es gelte zu begreifen, daß der Krieg nicht nur auf den Schlachtfeldern, sondern auch im wirtschaftlichen geführt werde, in Konsumtion und Produktion, hier durch Sparen, dort durch richtige Vorbereitung der nächsten Ernte. Im Frieden werde die Sozialdemokratie wie bisher mit aller Kraft für diehebung der Lebenslage der Arbeiter eintreten, im Kriege aber gelte es, das im Krieg Notwendige zu ertragen, nicht als Harter, sondern das Notwendige begründend. Wir wollen den Frieden, aber wir wollen ihn uns nicht bitterer lassen von unseren Feinden, und darum müssen wir aushalten. Darum rufe er der Versammlung zu: Wir gehen schweren Zeiten entgegen, aber wir werden diese ertragen, wenn wir uns fühlen nicht als einzelne, sondern als Glieder des ganzen Volkes!

Geschwister, Frauen und Kinder daheim haben, die um sie trauern und weinen. Mitleid mit dem besiegten Feinde ziert jeden Menschen und besonders ein Kind.

Vor allen Dingen aber erziehe man die Kinder zu Dankbarkeit gegen die Männer, die mit Blut und Leben unser Vaterland verteidigen, die es bewirkt haben, daß wir bislang von den Feinden unbehelligt geblieben sind. Diese Dankbarkeit soll durch die Tat bewiesen werden, indem man Opfer bringt und auf manche Bequemlichkeit verzichtet. Sie soll Hand in Hand gehen mit einem starken Pflichtbewußtsein, das seinen tiefsten Grund hat in der Ueberzeugung, daß auch schon die Kinder der Gesamtheit gegenüber wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Den Ernst des Krieges müssen und sollen die Kinder fühlen; der Krieg soll ihnen nicht nur zu einem äußeren, sondern auch zu einem inneren Erlebnis werden, das moralische Wirkungen ausübt. Wenn wir solchergestalt den Krieg als Erzieher auszunutzen bestreben, indem wir, allen entstehenden Einflüssen zum Trost, sittliche Keime in unseren Kindern wecken und pflegen, so werden wir auch im Innern Siege davontragen, die den äußeren Siegen an Größe und Schönheit nicht nachstehen.

## Werden die Menschen kleiner?

Es ist eine weit verbreitete und oft gehörte Ansicht, daß die heutige Menschheit an Körpergröße und Stärke den Menschen früherer Jahrhunderte, namentlich den Rittlern des Mittelalters, erheblich nachstehe, daß wir körperlich degenerieren und daß damit auch unsere Wehrkraft beständig zurückgehe. Demgegenüber betont Dr. Birchner, der eingehende Untersuchungen über die Rekrutierung und die Militärtauglichkeit in der Schweiz angestellt hat, daß das nur vorgefaßte und zwar grundfalsche Meinungen seien. Er sagt wörtlich: „Ich habe im Zeughaus zu Zürich bei Anlaß eines Wiederholungskurses für Militärärzte zahlreiche Proben und Messungen vorgenommen und dabei das Resultat erhalten, daß die daselbst zahlreich vorhandenen Soldatenhörnische dem Mittellalter unserer Leute nicht passen, sondern zu eng sind. Von den vornehmen Rittlingen paßte die größte für einen Mann von 86 Zentimeter Brustumfang; für einen solchen mit 98 Zentimeter war keine zu finden, die hätte getragen werden können. Es sei übrigens noch erwähnt, daß die Harnische und Spießer auf dem Marsche nicht getragen, sondern nachgeführt und erst unmittelbar vor der Schlacht angelegt wurden. Die Rüstungen beweisen somit gerade im Gegenteil, daß unsere Generation körperlich nicht geringer, sondern eher besser entwickelt ist als die alten Edelfreien.“

Was für die Schweiz gilt, gilt auch für Deutschland. Bei allen, die sich jemals ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt haben, herrscht auch nicht der mindeste Zweifel darüber. Über das Vorurteil und die kindlichen Vorstellungen über die Gelblichkeit der Ritterszeit sind immer noch so weit verbreitet, daß es gut ist, öfters auf den wirklichen Sachverhalt hinzuweisen.

Wenn wir das tun, wird der Plan unserer Feinde scheitern, dann wird man sehen, daß es unmöglich ist, uns klein zu machen...

Die Versammlung — in der sozialistischen Hochburg Nürnberg! — spendete dem Vortragenden lebhaften Beifall. Wir haben kürzlich einen Artikel Dr. Braun's zitiert, der ihn als einen Mann ohne Illusionen über die Bedeutung des „Burgfriedens“ kennzeichnet.

Der Feind im Lande.

Welche allgemeine Empörung die ungeheuerlichen Preissteigerungen in der Arbeiterklasse hervorgerufen, dafür legt auch die christliche Gewerkschaftspresse Zeugnis ab.

An der Kritik des Verhaltens großer landwirtschaftlicher Organisationen bleibt es bei dem, was die „Gewerkschaftskorrespondenz“ feingekennzeichnet hat. Sie hat nicht behauptet, daß die Gesamtheit der Landwirte im Industriesektors Anstößliches treibe...

Zur Reform der Berginspektion.

Aus der Tätigkeit des Arbeiternachschusses auf Hubert.

Der § 80 f m des preussischen Berggesetzes betr. die Sicherheitsmänner besagt:

Der Arbeiternachschuß kann unter Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Sicherheitsmänner beschließen, daß die regelmäßigen monatlichen Befahrungen der Sicherheitsmänner (§ 80 f g) bis auf anderweitige Anordnung wegfallen.

Der Arbeiternachschuß oder die Mehrheit der Sicherheitsmänner müssen danach ihre Zustimmung geben, wenn die Befahrungen durch die Sicherheitsmänner eingestellt werden sollen.

„Zur Verfügung des Oberbergamts fallen die Befahrungen der Sicherheitsmänner aus.“

In einer Belegenschaftsversammlung der Zeche Hubert am 21. Febr. gestand der christliche Arbeiternachschuß auf Weisung, daß er zu dieser Verfügung seine Zustimmung gegeben habe.

Table with 4 columns: Belegenschaftswechsel, Erkrankungen, Davon waren Unfälle, and years (1905-1913).

Belegenschaftswechsel sowie die Zahl der Erkrankungen und Unfälle haben sich danach auf Königin Elisabeth seit 1905 wesentlich ungünstiger gestaltet, wie durchschnittlich auf den übrigen Zechen des Ruhrgebietes.

Table with 4 columns: Belegenschaft, Belegenschaftswechsel, Erkrankungen, and Davon waren Unfälle (1905-1913).

Zeche Königin Elisabeth hat eine größere ständige Belegenschaft, wie der Durchschnitt der übrigen Zechen im Ruhrgebiet. Auch sind die Flöz- und Gebirgsverhältnisse günstiger und die Temperatur niedriger.

Der christliche Arbeiternachschuß schritt auch unserem Kameraden Wagner, der im Auftrage der Verbandskameraden sprechen wollte, das Wort ab mit der Begründung: Nur Belegchaftsmitglieder erhalten das Wort; Wagner gehört aber nicht zur Belegchaft...

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Eine wirtschaftliche Ursache des Weltkrieges. Großbritanniens industrielle Rückständigkeit.

Vor zwei Menschenaltern noch tonangebend in der industriellen Welt, ist Großbritannien auf dem wichtigsten Gebiete der „schweren“ Eisen- und Stahlindustrie im 20. Jahrhundert hinter Deutschland zurückgefallen.

Er leg, der die industrielle und die Welt handelsstellung Deutschlands treffen soll.

Da dieses Kriegsziel gleichbedeutend ist mit der Vernichtung der Exportmöglichkeiten von Millionen deutscher Arbeiter, so handelt es sich jetzt in diesem wahren Wirtschaftskrieg um nichts geringeres als auch um einen Existenzkampf der Arbeiterklasse Deutschlands.

Im friedlichen industriellen Wettbewerb konnte und Großbritannien nicht besiegen, unsere militärische Widerstandskraft konnte, wie der Kriegsverlauf zeigt, auch der Dreierbund Rußland-Frankreich-Großbritannien nicht brechen.

Die britische Kohlenförderung betrug 1913 rund 292 Mill. Tonnen, ist damit der deutschen noch überlegen; aber diese schreitet rascher vorwärts. (Ob die rapide Industrialisierung eines Landes wie Deutschland auf Kosten der landwirtschaftlichen Entwicklung ein Vorteil ist, das ist eine andere Frage.)

Table comparing coal production in 1900 and 1913 for Great Britain and Germany.

In der Gewinnung des wichtigsten Rohstoffes für die Eisen- und Stahlindustrie aus inländischen Belegen hat demnach Deutschland Großbritannien auch weit überflügelt.

Man kann daher das wachsende Unbehagen der britischen Industriellen verstehen, aber das Mittel, welches sie jetzt beschreiben, um den lästigen Konkurrenten (wie früher Spanien, Holland und Frankreich) lahm zu legen, zielt schließlich hin auf eine gewalttätige Unterbindung des wirtschaftlichen Fortschritts überhaupt.

Gegen diese Annahme wehren wir uns aus allgemeinen Gründen des menschlichen Fortschritts und nun im besonderen Interesse unseres heimischen Wirtschaftslebens.

Rußlands Kohlenbergbau.

Für die Kohlenförderung im europäischen Rußland kommt an erster Stelle das auf dem ukrainischen Territorium (im Gouvernement Katerynow) gelegene, im Weltkohlenhandel bekannte Donezbecken in Betracht, wo Steinkohlen und Anthrazit gewonnen werden.

Die Gesamtförderung an mineralischen Heizstoffen im europäischen Rußland betrug in den Jahren 1911: 1.628.200.000 Kub (1 Kub gleich 10,33 Kilogr.).

Was die Steinkohlenvorräte des europäischen Rußland und des Kaukasus anbelangt, wurden dieselben vom Petersburger Geologischen Komitee Ende des Jahres 1913 auf 70-75 Milliarden T. berechnet.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Der Bäckerverband.

beröffentlicht seine Abrechnung für das Jahr 1914. Der Abschluß ist verhältnismäßig günstig. Der Mitgliederstand, der am Schluß des Jahres 1913 28.754 betragen hatte und im zweiten Quartal auf 29.116 gestiegen war, ging bis zum Schluß des Jahres 1914 auf 17.554 zurück.

Aus der Genossenschaftsbewegung. Entwicklung der Volksfürsorge.

Die Volksfürsorge eröffnete am 7. Juli 1913 ihren Betrieb und konnte am 31. Dezember 1913 den Eingang von 74.748 Versicherungsanträgen mit einer Versicherungssumme von 13.797.418,30 M. feststellen.

Das war ein guter und erfreulicher Anfang. Das Jahr 1914 setzte diese Entwicklung bis zum Ausbruch des alle geschäftlichen Verhältnisse störenden Weltkrieges fort.

Bei der zu beobachtenden steigenden Verstärkung der täglichen Antragszahl war damit zu rechnen, daß bis zum Jahreschluß 1914 mindestens 175.000 neue Anträge zu erledigen gewesen wären...

Der am 1. August ausgebrochene Weltkrieg hat, wie so viele Ausfälle, auch diese zerstückt. Die sofortige Einberufung vieler Rechnungsführer und zahlreicher Vertrauensleute hat die Organisation mancher Ortes empfindlich gelähmt.

Das zweite Geschäftsjahr der Volksfürsorge schließt sonach ab mit 97.713 Anträgen. Die Volksfürsorge hatte sonach seit ihrem Bestehen (1. Juli 1913 bis 31. Dezember 1914) eine Gesamtzahl von 172.459 Anträgen.

Das Kriegsgeschäft der Volksfürsorge.

belebt sich wieder. Während in den Monaten November und Dezember 671 bezw. 625 Anträge von einer kleinen Anzahl von Rechnungsführern eingebracht wurden, zeigt der Januar eine Vergrößerung der Zahl der Rechnungsführer, welche die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Bei der Kriegsversicherungskasse sind bis zum 13. Februar für 23.740 Personen 2.689 Anträge eingeleitet worden, so daß jetzt für die Hinterbliebenen fallender Kriegsteilnehmer 163.445 M. zur Verfügung stehen.

Knappschäftliches.

Wöchnerinnenunterstützung und Befreiung von der Krankenversicherungspflicht.

Nach der Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1914 steht der Frau eines Kriegsteilnehmers die volle Wöchnerinnenunterstützung nur dann zu, wenn die Niederkunft nach dem 2. Dezember erfolgt ist.

Der Anspruch auf Wöchnerinnenunterstützung kann nämlich nur dann geltend gemacht werden, wenn der Mann der Knappschäftskrankenkasse angehört und nicht von der Krankenversicherungspflicht befreit war.

Im Jahre 1913 betrug die Belegenschaftsziffer im Bereiche des Bochumer Vereins 409.271 Mann. Davon gehörten 336.535 der Pensionerkasse als Mitglieder an.

Bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung wurde uns aus Vergewaltigungsvorgängen borgehalten, daß die neuen Bestimmungen ein Fortschritt und nach ihnen das Hinzuwachsen aus den Knappschäftskrankenkassen erstrebt sei.

In Friedenszeiten sind die nicht der Krankenkasse angehörenden Vergewaltigten recht häufig der Armutskasse zur Last gefallen. Jetzt in der Kriegszeit hat der Verein durch seine Praxis auch die Arbeiter und deren Familien geschädigt.

Erhaltung der Knappschäftskassen-Pensionistenbeiträge für Gefallene.

Nach § 107 des Statuts des Bochumer Knappschäftsbereins sind die Pensionistenbeiträge auf Antrag zu erstatten, wenn ein Versicherter während seines Militärdienstes oder im Kriege arbeitsunfähig wird oder zu Tode kommt.

War der Gefallene noch unverheiratet, so ist in allen Fällen das eingetragene Geld an die Eltern zurückzugeben. Dabei ist es gleichgültig, ob der Kriegsteilnehmer schon 250 Wochen eingezahlt hat oder nicht. Anderen Hinterbliebenen als Frau und Kindern, Vater oder Mutter steht ein Anspruch auf Rückzahlung der Beiträge nicht zu. Trotz der klaren Bestimmung des Statuts konnte sich der Bochumer Verein aber bis jetzt zur Rückzahlung der Beiträge nicht bewegen. Er sollte den Hinterbliebenen 75 Mark Sterbegeld aus und glaubte, damit seinen Verpflichtungen Genüge geleistet zu haben.

Nummer 27 hatte am 27. Februar das Königl. Knappschafts-Oberbergsamtsamt erstmalig über mehrere auf Rückzahlung der Beiträge drängelnde Fragen zu entscheiden. Die Urteile lauteten sämtlich dahin, daß die Knappschaft zur Erstattung der Beiträge verpflichtet sei. Wo sie bereits Sterbegeld gezahlt habe, könne sie dieses bei der Erstattung der Beiträge in Anrechnung bringen.

Witwen und Eltern, welche nach diesen Urteilen noch etwas zu fordern haben, wollen sich schleunigst an den Knappschaftsältesten wenden.

### Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Ein Sophrediger über Krieg und Christentum.

Im Verlag von Dr. Ernst Dreyer hat der Oberhof- und Domprediger Dr. Ernst Dreyer „Weihnachtsgedanken in der Kriegszeit“ veröffentlicht. Dieser ernstgemeinteste Schrift schreibt:

„Daß das Verbrechen dieses Krieges überhaupt möglich war: schließt es nicht allem Christentum dieser Nation ins Gesicht? In den Gesprächen der Mannschaften in den Schützengräben oder in den öden Quartieren des Ostens, schrieb mir vor kurzem ein Unteroffizier, ein gebildeter Mann, ist das das unermüdlich wiederholende Thema, wie Christentum und Krieg zueinander stehen. Wie oft mag dabei angeleht der gerufenen Weisheit auch noch der letzte Rest von Christentum aus dem zweifelnden Herzen herausgerissen werden und nur der Eindruck eines völligen Bankrotts zurückbleiben! Sie haben recht, wenn sie als Maßstab für dieses Urteil das Christentum der Bergpredigt anlegen. Wo das sich verwirklicht, hört der Krieg von selbst auf: wo noch Krieg möglich ist, ist von ihm nichts vorhanden.“

Der Haß der Völker erfüllt alle und vergiftet alles. Er ist der Boden, aus dem die Brutalitäten wachsen, unter denen wir leben, angeleht deren man versucht ist, das Christentum nur für einen billigen Firnis zu halten, der unter dem zersetzenden Einfluß des Krieges schwindet wie der Märzschnee vor der Sonne.“

So also schaut der protestantische Hof- und Domprediger den Krieg, von dem er fürchtet, daß er zu einer Kritik des Christentums werden könnte. Wir dürfen uns damit begnügen, die ernstesten Worte dieses Christen hier wiederzugeben.

#### Verbandsversammlungen nicht mehr unterjagt.

Am 10. Januar sollte die regelmäßige Versammlung unserer Zählstelle in Dortmund bei Wörts stattfinden, wozu unser Bezirksleiter Zimmer die notwendige polizeiliche Genehmigung auf dem Bürgermeistertag nachsuchte, wo ihm aber von einem jungen Schreiber gesagt wurde: „Das gibt es hier nicht! Sozialdemokratische Versammlungen genehmigen wir nicht!“ Zimmer wendete den Bürgermeister zu sprechen, gelangte aber nur zum Kommissar, der ihm sagte, der Bescheid würde schriftlich erfolgen. Zimmer erhielt dann auch eine Postkarte mit folgendem Bescheid:

„Der Bürgermeister. Camp (Bez. Düsseldorf), 5. Januar 1915. Die von Ihnen nachgesuchte Erlaubnis zur Abhaltung einer Versammlung des deutschen Bergarbeiterverbandes am 10. d. M. im Lokale von Klippers in Hoesertrah wird nicht erteilt.“

Auf die hiergegen beim Generalkommando des VII. Armeekorps in Münster erhobene Beschwerde erhielt Zimmer am 15. Februar folgende Antwort:

„Das Generalkommando hat auf Ihr Schreiben vom 13. Januar d. J. dafür gesorgt, daß künftig die Versammlungen des Verbandes aus parteipolitischen Erwägungen während der Kriegsdauer nicht mehr unterjagt werden.“

#### Mahnungen aus dem Felde.

Einer unserer Vertrauensleute ließ uns einen Feldpostbrief zugehen, dem wir folgenden Appell an die organisierten Kameraden entnehmen:

Unsere Kameraden im Bergbau sind jetzt nicht besser dran als wir. Im Verzele ist jetzt Hochkonjunktur. Die Anforderungen, die man deshalb an die Kameraden stellt, sind nicht gering. Gewiß, man läßt ihnen ein paar Pfennige mehr verdienen. Hat man doch ein Interesse, die Sonntagsgeldarbeit und die Lieberfrachten zu hegen. Deshalb machen die Beamten den Kameraden einige Zugeständnisse, und sogar die Behandlung wird nichts zu wünschen übrig lassen. Das gefällt den Arbeitern, und sie wünschen auch, es möge immer so bleiben. Doch der Schein trügt. Die Kameraden merken kaum, wie leicht sie sich zum willenlosen Werkzeug der Beamten machen. Die untergeordneten Anstreichungen mühsam errungenen Verbesserungen im Arbeitsverhältnis können dadurch der Reichhaltigkeit zum Opfer fallen. Die Beamten wissen, daß die Kerntruppe der organisierten Arbeiter unter den Waffen steht. Somit glauben sie, ein leichtes Spiel zu haben. Darum sollen alle noch daheim weilenden Kameraden ein nachjames Auge haben. Sie sollten sie sich durch schöne Verprechungen trösten lassen. Durch Gehaltung ihrer Organisationsgrundsätze soll sie die bisherigen Errungenschaften aufrecht erhalten. Durch Harmonisierung ist dies nicht möglich, sondern durch Entschlossenheit. Ihr daheim müßt entschlossen sein, dort weiter zu bauen, wo wir aufgehört haben, aufhören müßten durch den gegenwärtigen Krieg. Und sind wir wieder daheim, sind wir wieder in eurer Mitte, dann wollen wir fest zusammenstehen und mit allen Kräften wirken, zum Wohle der Organisation, unseres Verbandes, und zur Verwirklichung des Sozialismus. Ihr Kameraden seid schon jetzt berufen, unserem gemeinsamen Wirken die Wege zu ebnen.

Doch nicht die Männer allein, auch unsere Frauen können mit in diesem Sinne tätig sein. Deshalb rufe ich auch euch Frauen zu: befehligt die von unseren Kameraden angelegten Zusammenkünfte! Unterhaltet euch daheim über die wichtigen Lebensfragen. Nehmt die Gleichgültigen mit euch, tragt gemeinsam die euch auferlegten Lasten. Lebt euer Leid miteinander und lernet seine Ursachen kennen. Stärkt euch im Erkennen und richtet euch gemeinsam auf. Wenn ihr Frauen das tut, so erfüllt ihr eine schöne Pflicht. Viel leichter wird uns Männern die Aufgabe werden, für unsere wirtschaftliche Erhebung und für unsere geistige Befreiung tätig zu sein, wenn unsere Frauen und unsere Arbeitsbrüder unserem Wirken schon jetzt die Wege ebnen. Beachtet deshalb den Boden, indem ihr die Einigkeit und Einheit eurer Arbeitsbrüder und -schwwestern pflegt und fördert. Ich bin überzeugt, euer Wirken wird nicht vergebens sein. Der Boden wird Früchte tragen. Die Verwirklichung unserer Gemeinschaftsforderungen und des Sozialismus wird dann in greifbare Nähe rücken.

In der Hoffnung, daß mein Appell Berücksichtigung findet, grüße ich aus Feindesland.

O. H.

Ein anderer Verbandskamerad schreibt aus dem Felde: Aus der Zählstelle Klein-Münster, bei ich vor meiner Einberufung zum Kriegsdienst angehörte, erteilt ich die bedeutendste Mitteilung, daß einige Mitglieder dem Verbandsleiter bei: Rückzahlung der Beiträge nicht zu. Trotz der klaren Bestimmung des Statuts konnte sich der Bochumer Verein aber bis jetzt zur Rückzahlung der Beiträge nicht bewegen. Er sollte den Hinterbliebenen 75 Mark Sterbegeld aus und glaubte, damit seinen Verpflichtungen Genüge geleistet zu haben. Nummer 27 hatte am 27. Februar das Königl. Knappschafts-Oberbergsamtsamt erstmalig über mehrere auf Rückzahlung der Beiträge drängelnde Fragen zu entscheiden. Die Urteile lauteten sämtlich dahin, daß die Knappschaft zur Erstattung der Beiträge verpflichtet sei. Wo sie bereits Sterbegeld gezahlt habe, könne sie dieses bei der Erstattung der Beiträge in Anrechnung bringen. Witwen und Eltern, welche nach diesen Urteilen noch etwas zu fordern haben, wollen sich schleunigst an den Knappschaftsältesten wenden.

stehenden Kameraden jetzt tragen müssen, an all die Gefahren, Mühen und Kämpfe, und ihnen die Sorge für den Verband durch eifrige Mitarbeit abnehmen. Die Sorge für den Verband ist die Sorge um ein größeres Stütz Brot und eine erträgliche Existenz. Sollen die gewaltigen Opfer, die unsere Kameraden im Felde jetzt bringen, nicht umsonst sein, muß unser Verband nicht nur erhalten, sondern stark und tatkräftig bleiben. Darum ist es Pflicht eines jeden Verbandskameraden, für den Verband nach Kräften einzutreten. Soll der Verband nach dem Kriege so tatkräftig wirken, wie es im Interesse aller notwendig ist, muß auch jeder einzelne Kamerad darauf hinwirken, daß das Band nicht gelockert, sondern immer fester geschlossen wird. Nur dadurch, daß ein jeder in diesem Sinne seine volle Pflicht und Schuldbigkeit tut, kann nach dem gewaltigen Weltbringen etwas für die Arbeiter erzielt werden, nur dann sind die ungeheuren Opfer an Leben, Gesundheit, Gut und Blut nicht umsonst gebracht. Darum ermahne ich alle Kameraden, jetzt ihre volle Pflicht und Schuldbigkeit beim Verbandsgegenüber zu tun, wie wir, die wir im Felde kämpfen und bluten müssen, es mit Recht fordern können und fordern müssen. E. B.

#### Keine Sonntagsarbeit im Ruhrbergbau.

Die Arbeiter müssen in jeder Woche mindestens einen Tag haben, an dem sie völlig frei sind von der Alltagsarbeit, und schon darum waren wir stets Gegner der Sonntagsarbeit. Noch in der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 18. Januar haben wir es entschieden verurteilt, daß den Knappschaftsämtern, die den berechtigten Wunsch hatten, wenigstens die Feiertage angestrichelt im Familienkreise ausruhen zu können, mit allen Mitteln geantwortet wurde. Auch der christliche Gewerksverein hat sich am 11. Januar in einem Schreiben an das Generalkommando des VII. Armeekorps gegen die Sonntagsarbeit gewandt. Das Generalkommando hat nun mitgeteilt, das Königl. Oberbergamt Dortmund habe berichtet, daß dem Wunsch der Bergarbeiter entsprechend, auf keiner Feiertag an Sonn- und Feiertagen gefördert wird, dagegen wöchentlich ein bis zwei Ueberstunden, meist von vierstündiger Dauer, verausgabt werden.

#### Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 10. Woche (vom 28. Febr. bis 6. März 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Betrifft Änderung der Anweisung unseres Verbandes. Der Vorstand steht sich vor, die §§ 111, 145, 158, 160, 162, 163, 164 und 165 zu ändern.

Der § 111 und § 145 Abs. 1 erhalten folgenden Wortlaut: § 111.

Macht sich trotz aller ablenkenden Versuche schließlich doch die ArbeitsEinstellung notwendig, so ist die Kündigung strikt zu beachten und im Einverständnis mit dem Verbandsvorstande den beteiligten Unternehmern die Kündigung einzureichen. § 145.

Um die Verbandsmitglieder und die Öffentlichkeit über Ausbruch und Verlauf des Streiks zu informieren, ist es notwendig, daß die Streikleitung sofort und fortlaufend der „Bergarbeiter-Zeitung“ sowie der Tagespresse Berichte zuführt. Diese Berichte müssen der Wahrheit entsprechen, damit kein falsches Bild über Ursache und Verlauf des Streiks entsteht. Vor allen Dingen muß in diesen Berichten den von Unternehmern ausgesandten Gerüchten und falschen Darstellungen entgegengetreten werden. Die Absätze 2 bis 4 bleiben in Geltung. An Stelle des bisherigen § 158 Abs. 1—3 treten folgende Bestimmungen: § 158.

Weitere Aufgaben der Kartelle sind: die Sozialbeschaffung und etwaige Boykotts zu beschließen und zu leiten. Bevor ein solcher Boykott jedoch verhängt wird, empfiehlt es sich, alle am Ort in Frage kommenden Vorstände von Arbeiterorganisationen zu einer Konferenz zusammenzubringen. Ebenso sollten zu solchen Konferenzen die in Frage kommenden Gew.- und Bezirksleiter der beteiligten Gewerkschaften eingeladen werden. Bei der Einladung muß der Zweck der Konferenz angegeben werden. Es ist ferner, wenn alle diese Vorstände gehört werden, dem schon mancher Boykott ist geförderter, weil nicht alle in Frage kommenden Arbeitervereine befragt wurden. Je größer der Personenkreis ist, der den Boykottbeschluss faßt, je besser kann und wird die Wirkung sein.

Die Kosten, die solche Kämpfe nach sich ziehen, müssen ebenfalls von allen dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften gemeinsam getragen werden. Bei Sanktionsmaßnahmen soll man aber nicht den Fehler machen, immer alle Säle im Orte zu gleicher Zeit zu boykottieren, sondern man muß die passendsten und den meisten Erfolg versprechenden Lokale herausgreifen und einen einmal beschlossenen Boykott auch mit Ausdauer und Energie durchführen. (Die Absätze 4 und 5 fallen weg.) Vom § 160 bleibt nur noch Absatz 6 in Geltung und lautet nun wie folgt: § 160.

Unsere Generalversammlung in Berlin (vom Jahre 1905) beschloß nach längerer Diskussion, daß die wegen der Mitarbeiter (Arbeitsruhe) gemagregelten Mitglieder aus der Verbandsliste nicht unterstellt werden. (Protokoll der Generalversammlung zu Berlin, Seite 283, Antrag 357 abgelehnt.) Danach feiern die Mitglieder auf eigenes Risiko. Der § 162 fällt ganz fort. Der § 163 erhält jetzt folgende Fassung: § 163.

Was die Verteilung von Bekanntmachungen (Handzetteln) auf Straßen und Plätzen anbelangt, so ist es bei der schwankenden Rechtsprechung am sichersten, wenn man sich für die Verbreitung von Handzetteln und Flugblättern, welche auch auf Straßen und Plätzen verteilt werden sollen, polizeiliche Genehmigung holt. Sie wird neuerdings leichter erteilt als früher. Im § 164 wird Absatz 3 wie folgt geändert: § 164.

Bevor solche öffentliche Bergarbeiterversammlungen arrangiert werden, ist festzustellen, ob an dem in Aussicht genommenen Orte anderweitige Veranstaltungen von befreundeten Vereinen und Gewerkschaften geplant sind, damit keine Zersplitterung der Kräfte eintritt. Eine öffentliche Versammlung wirkt nur dann agitatorisch, wenn der Besuch ein guter ist. Um dies zu erreichen, müssen alle in Frage kommenden Bergarbeiter durch Inserate in befreundeten Zeitungen und durch Handzettel eingeladen werden. Die Handzettel sind möglichst beim Vorstand zu bestellen, damit sie in der Verbandsdruckerei hergestellt werden. Die Absätze 1, 2 und 4 bleiben in der bisherigen Fassung in Geltung. Im § 165 bleiben die Absätze 1—4 sowie 6—9 in der bisherigen Fassung ebenfalls in Geltung, während der Absatz 5 folgende Fassung erhält: § 165.

Bei Verbandsversammlungen liegt über ein Jahr ein schränkendes Urteil von Oberbefehlsh. vor. Einer unserer Bezirke ist wegen Nichtanmeldung einer Verbandsversammlung bestraft, weil keine Kontrolle geführt sei, ob die Anwesenden nur Mitglieder der fraglichen Verbandsgruppierung waren. Es liegen das ferneren auch schon Gerichtsurteile gegen unsere Vertrauensleute vor, nach welchen auch öffentliche Bergarbeiter-, ja sogar gemeinschaftliche Zählstellenversammlungen als politische Versammlungen angesehen und deren Einberufer oder Leiter bestraft sind. Die Rechtsprechung ist in dieser Frage sehr verschieden. Wir können deshalb auch keine allgemein geltenden Anweisungen geben, sondern es muß von Fall zu Fall geprüft werden, ob die Tagesordnung oder der sonstige Zweck der Versammlung als politisch angesehen werden kann. In der Regel wollen wir Verbands- und Bergarbeiterversammlungen nicht anmelden. Bei ersteren sowie bei Mitglieder- bzw. Zählstellenversammlungen können wir uns am besten durch eine gute Teilnehmerkontrolle sichern.

Diese Änderungen treten sofort in Kraft. Den Bezirksleitern und Zählstellen werden die geänderten Stellen in der Form zugesandt, daß sie in die Anweisung an den betreffenden Stellen eingelebt werden können. Letzteres muß vollzogen werden, weil die alten Bestimmungen sofort außer Kraft treten. Bochum, den 25. Februar 1915. Der Vorstand. J. W.: S. Sachs.

In letzter Zeit ist es öfters vorgekommen, daß Mitteilungen sowie Bestellungen, namentlich wenn es sich um Rücksendungen der Mitgliedsbücher handelt, bei den in Frage kommenden Ressorts nicht eingegangen sind. Wir machen deshalb unsere Ortsverwaltungen besonders darauf aufmerksam, daß Mitteilungen und Bestellungen für die verschiedenen Abteilungen des Vorstandes nicht auf einen Hogen Papier geschrieben werden dürfen, da sonst beim Verschneiden oder Abschreiben leicht etwas übersehen werden kann. Man benutze deshalb für jede Abteilung ein besonderes Formular.

Ferner eruchen wir unsere Ortsverwaltungen, um Porto und Strafkosten zu sparen, die am Jahresanfang vollgestellten Mitgliedsbücher und -karten als Geschäftspapiere nach Bochum einzusenden. Mitteilungen in dieser Richtung sind jedoch nicht belegen zu lassen. Es genügt, wenn auf der einen Seite des Buches der Zählstellenstempel mit dem Vermerk „Anlauflos“ eingestrichelt wird. Auch können, wenn die hierfür gebrauchten Formulare benutzt werden, die Mitgliedsbücher der zum Kriegsdienst einberufenen Kameraden als Geschäftspapiere eingelebt werden. Bemerkungen wollen wir noch, daß Geschäftspapiere nicht angelebt werden dürfen. Zu empfehlen wäre, als Abfederer den Zählstellenstempel auf das Aussen zu drücken.

Bezirk Oberhausen. Nachdem am 4. Februar der Arbeitersekretär Anton Dinter-Hamborn zum Kriegsamt eingezogen wurde, hat sich eine anderweitige Regelung der Rechtschutzhilfe im Bezirk Oberhausen notwendig gemacht. Rechtschutz wird erteilt: in Gamburg nur noch am Montag, Mittwoch und Samstag, in Oberhausen am Dienstag, Donnerstag und Freitag. In diesen Tagen finden die Sprechstunden wie bisher statt. Es liegt im eigenen Interesse der Rechtschutzhelfenden, nur an diesen Tagen vorzusprechen, da sonst der Weg umsonst gemacht wird.

#### Bücherrevisionen.

In folgenden Zählstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben: Eberdrum, im Monat März. Postbe-Grevel, Sonntag, den 7. März. Lanfrop-Ostmar, vom 6. bis 28. März.

Bezirk Oberhausen. Nachdem am 4. Februar der Arbeitersekretär Anton Dinter-Hamborn zum Kriegsamt eingezogen wurde, hat sich eine anderweitige Regelung der Rechtschutzhilfe im Bezirk Oberhausen notwendig gemacht. Rechtschutz wird erteilt: in Gamburg nur noch am Montag, Mittwoch und Samstag, in Oberhausen am Dienstag, Donnerstag und Freitag. In diesen Tagen finden die Sprechstunden wie bisher statt. Es liegt im eigenen Interesse der Rechtschutzhelfenden, nur an diesen Tagen vorzusprechen, da sonst der Weg umsonst gemacht wird.

Zu folgenden Zählstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben: Eberdrum, im Monat März. Postbe-Grevel, Sonntag, den 7. März. Lanfrop-Ostmar, vom 6. bis 28. März.

#### Für den Unterstützungsfonds

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beiträge ein:

- a) In bar: Zählstelle Hochlarmark (Bez. Adlinghausen) 14,75, Helmstedt (Bez. Gildesheim) 30,—, Gestorf (Bez. Gildesheim) 1,—, Unterlohnberg (Bez. Oberhausen) 20,—, Reich (Bez. Reich) 100,—, Lüdauau (Bez. Reich) 25,— und 3,—, K. B. 100,—, Bezirkskassa Bezirkstasse 200,—, Bezirkskassa Reich 800,— M.
  - b) In bar auf Sammellisten: Meier, Liste Nr. 414: 14,50, Nr. 418: 5,50, Nr. 418: 13,—, Nr. 421: 2,70; Jochmann, Liste Nr. 698, 699 und 700: 34,50 M.
  - c) Für Jubiläumskarten: Jochmann-Oberhausen 0,80 M.
  - d) Freiwilliger Beitrag v. Knappschaftsältesten: Hermann Andre-Utenbögge 17,— M.
- Berichtigung. In Nr. 48 von 1914 muß es statt Bochum I heißen: Langendreer I 100,— für den Kriegsfonds.

#### Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

Frans Strozynski, Eisleben.	Wilk. Schmidt, Adlinghausen.
Friedrich Nagel, Soltebran.	Reinhold Jünig, Uohra.
Heinrich Lade, Dortmund III.	Josef Gah, Marten.
Stanislav Jura, Dortmund III.	Wilhelm Wagemeier, Marten.
Josef Kersting, Dortmund III.	Georg Reich, Gelsenkirchen.
August Salowski, Dortmund III.	Otto Waldburger, Hohenmüllern.
Wilhelm Esching, Wazop.	Otto Steinmetz, Hohenmüllern.
H. Rappmann, Lanfrop-Ostmar.	Crist Weissbach, Hohenmüllern.
Alois Schön, Nothenbad.	Mitlan Götter, Pierrevillers.
Anton Titulski, Herzogenrath.	Gustav Lang, Lünen-Süd.
Maz Josenmeier, Unterpeilberg.	Frowald Hannel, Wanne.
Hugo Schneider, Postbe.	Arno Pelt, Eberdrum.
Andreas Wagner, Bredtlen.	Otto Benz, Born.
Gustav Reichbrint, Bredtlen.	Josef Waske, Versdorf.
Gustav Schulz, Lanfrop.	Gustav Klaus, Breunsdorf.
Hermann Reichelt, Nieder-Hermisdorf (Schlesien).	Karl Staffel, Salbedturtz.
	Frits Kahle, Lütgenbortmund.

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten! Dem menschenswerdenden Weltkrieg sind bis jetzt 980 Kameraden zum Opfer gefallen.

Berichtigung. In Nr. 8 der „Bergarbeiter-Zeitung“ muß es unter Zählstelle Nieder-Sprockhövel Wilk. Benz anstatt Pruze heißen.

Unsere Ortsverwaltungen werden hiermit aufgefordert, uns die Namen, Verbandsnummer, Zählstelle und Datum der im Felde gefallenen Kameraden sofort zu melden. Es erfolgt dann die Veröffentlichung an dieser Stelle. Der Vorstand.

**Achtung Knappschaftsälteste!**

Kommission Gelsenkirchen

Sonntag, den 7. März 1915, vormittags 9 Uhr, im Lokale des Herrn Breitenbrod in Buer:

**Quartals-Versammlung**

um allseitiges und pünktliches Erscheinen ersucht Der Obmann.

**Bergmanns-Unterstützungsverein Friedrich Wilhelm zu Lüdernberg.**

Sonntag, den 14. März 1915, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal:

**General-Versammlung**

Tagesordnung: Unterstützung der Familien der zum Kriege einberufenen Mitglieder. Der Vorstand.

Da die am 8. November 1914 stattgehabte Generalversammlung über diesen Punkt nicht beschlußfähig war, ist die vorliegende unter allen Umständen beschlußfähig.